

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 650, vierteljährl. M. 1950.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Verkehr 1950.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 25 M. u. Girokonto M. 50 bei der
Oberamtspostkasse Reichenberg, Zweigstelle Wildbad.
Postkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren
Raum M. 35.—, auswärts M. 40.—; Reklame-
zeile 100 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstufstellung werden
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlassermäßigung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 5

Februar 1923

Wildbad, Montag, den 8. Januar 1923

Februar 1923

58. Jahrgang

Das Schicksal der Pariser Konferenz

Erklärungen Bonar Law und Poincaré

Paris, 5. Jan. Die gestrige Sitzung der Konferenz begann um 3 Uhr nachmittags. Bonar Law verlangte, daß die englische Note, in der auf die Ablehnung des englischen Vorschlags durch Poincaré geantwortet wurde, zur Besprechung komme. Der Vorsitzende Poincaré erwiderte, die Note lehne die von Frankreich geforderte Föderationsmaßnahme erneut ab, es genüge daher, daß er (Poincaré) von der Note Kenntnis genommen habe. Auf Verlangen der übrigen Vertreter wurde jedoch die Note ihnen zur Prüfung je in einem getrennten Raum überlassen und zu diesem Zweck die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen war, gab Bonar Law kurz darauf eine Erklärung ab, die britische Regierung sei zu der Einsicht gekommen, daß die französischen Vorschläge nicht nur den Zweck verfehlen, sondern wahrscheinlich ernste und selbst unheilvolle Folgen für die wirtschaftliche Lage Europas nach sich ziehen würden. Die Regierung bedauere, daß in einer so ernsten Angelegenheit eine unversöhnliche Meinungsverschiedenheit bestünde, sie sei aber überzeugt, daß die freundschaftlichen Gefühle zwischen den beiden Regierungen und Völkern unverändert bleiben.

Poincaré gab eine Erklärung ab, die französische Regierung habe erkennen müssen, daß die britischen Vorschläge eine wesentliche Herabsetzung der französischen Forderungen und eine Umkehrung des Vertrags von Versailles in sich abgesehen; es sei besser, den Gegensatz offen festzustellen und dabei gut Freund zu bleiben, als die Freundschaft durch aussichtslose Versuche einer Verständigung zu gefährden.

Gegen 7 Uhr abends wurde die Konferenz abgebrochen. Heute vormittag hatte Poincaré Besprechungen mit den Vertretern der Mächte, die nichtamtlicher Art waren.

Es wird viel bemerkt, daß Bonar Law, abgesehen von dem amtlichen Frühstück beim Präsidenten Millerand, keinerlei persönliche Berührung mit Poincaré, außer den Sitzungen hatte.

In der letzten Sitzung betonte der italienische Vertreter della Torretta, der sich dem französischen Standpunkt stark näherte, der englische Plan habe die im Vertrag von Versailles festgelegte Schuldengemeinschaft von Deutschland, Österreich und Ungarn auf Belgien könnte von Österreich und Ungarn nichts erhalten und wünsche einen Entschädigungsanteil an den deutschen Zahlungen, die England aber herabsetzen wolle.

Erklärung der Reichsregierung

Berlin, 5. Jan. Amtlich wird zu dem Abbruch der Pariser Konferenz erklärt: Es hat sich herausgestellt, daß die auf der Konferenz vertretenen Mächte nicht einmal dem englischen Plan zustimmen, der eine die Leistungsfähigkeit Deutschlands weit überschreitende Gesamtsumme von nahezu 40 Milliarden Goldmark gegenwärtig wert (d. h. so hoch wäre die Entschädigung, wenn sie auf einmal bezahlt würde) vorsah. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, daß — vier Jahre nach Beendigung des Kriegs — Deutschland und ganz Europa aus dem wirtschaftlichen Chaos herausgebracht werden könnte, in das es durch die politische Behandlung der rein wirtschaftlichen Angelegenheit geführt worden ist. Die Reichsregierung hat ihre bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit gehenden Vorschläge schriftlich niedergelegt. Deutschland ist in Paris nicht gehört worden, obwohl es nach dem Friedensvertrag Anspruch darauf hat; die Vorschläge sind nicht einmal entgegen genommen worden. Die Regierung hat daher davon abgesehen, sie der Konferenz unangefordert zur Kenntnis zu bringen. Trotz dieser neuen Enttäuschung hält die Regierung an der Überzeugung fest, daß nur eine vernünftige und für Deutschland tragbare Lösung der Entschädigungsfrage Europa von dem sonst unvermeidlichen Zusammenbruch bewahren kann. Sie wird sich von dem Weg, wie er durch die Note vom 14. November und die darauf folgenden Erklärungen vorgezeichnet und vom Reichstag gebilligt worden ist, nicht abbringen lassen.

Die Blätter sind einhellig der Ansicht, daß Deutschland, solange der Vertrag von Versailles noch gilt, es nur mit der Entschädigungskommission zu tun hat. Erst müsse die Kommission die Zahlungsfrist abgelehnt und Deutschland den am 15. Januar fälligen Beitrag nicht bezahlt haben, eine vorläufige Verzögerung festgestellt und eine Einigung der Verbündeten über Maßnahmen erzielt sein, ehe Strafmaßnahmen verhängbar wären. Sollte Frankreich trotzdem auf eigene Faust einen Überfall auf Deutschland begreifen, dann mache es sich verhängnisvoll auch den Verbündeten gegenüber, denen damit die Pflicht zufalle, Deutschland gegen den Vertragsbruch zu schützen.

Tagespiegel

Nach dem Scheitern der Pariser Konferenz soll die Reparationskommission am Dienstag eine Vernehmung Deutschlands in den Kohlenfragen feststellen, um neue Vorwände für Sanktionen zu schaffen.

Nach einer unbehelligten Meldung, wollen Frankreich, Belgien und Italien den Reparationsplan Poincarés Deutschland als Ultimatum zur Annahme vorlegen.

Frankreich setzt seine militärischen Vorbereitungen im besetzten Gebiet für einen Einmarsch in Deutschland fort.

Englands Haltung in der neu geschaffenen Lage nach dem Scheitern der Pariser Konferenz ist ungestört und abwartend.

Präsident Harding will nur vermitteln, wenn die Vermittlung den Alliierten erwünscht ist.

Auf den tschechischen Finanzminister wurde ein Attentat verübt, bei dem der Minister schwer verletzt wurde.

Jugoslawien und Griechenland rufen gewaltig. Die Gefahr eines neuen Balkankriegs ist im Wachsen.

Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Reichstags tritt am Dienstag zusammen.

Französisch-belgischer Ueberfall?

Paris, 6. Jan. Dem „Zeit Parisien“ zufolge soll Poincaré sich bereits mit dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis über eine gemeinsame militärische Besetzung wenigstens eines Teils des Ruhrgebiets besprochen haben.

Die Agence Belge verbreitet, der Rücktritt Theunis' stehe zur Zeit noch nicht in Frage.

Nach der „Daily Mail“ soll bereits der Plan feststehen, mit 3 bis 4 Divisionen Essen, Bochum und zwei Drittel des Ruhrgebiets am 25. Januar zu besetzen. Nach den Plänen des Marschalls Foch sollen verschiedene Landataillone verwendet werden.

Bradbury gegen Poincarés Winkelsäge

Paris, 6. Jan. Sofort nach Abbruch der Konferenz beauftragte Poincaré die französische Abordnung der Entschädigungskommission, die vorläufige Nichterfüllung der Kohlenlieferungen durch Deutschland feststellen zu lassen. Als der englische Vertreter Sir John Bradbury von der Unterbrechung der Sitzung erfuhr, teilte er dem Vorsitzenden Barthou mit, daß er an den Beratungen nicht teilnehmen werde. Poincaré will nun die Entscheidung ohne England treffen lassen.

Englische Proteststimmen

London, 6. Jan. „Westminster Gazette“ schreibt, das Scheitern der Pariser Konferenz sei eine Katastrophe. Eine vierjährige Erfahrung zeige, daß die Erzwingung des Friedensvertrags den Bankrott und die Auflösung des Friedensvertrags bedeuten würde. Wenn Frankreich jetzt mit „Sanktionen“ vorgehen wolle, so würde England sich nicht beteiligen, aber es würde auch das Angebot, die Verbündeten von den Schulden an England zu befreien, in den Dfen wandern. Englands Kohlenhandel werde durch die französischen Maßnahmen ein erster Schlag verfehlt mit unüberlebenden Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit.

Die Politik, sagt das Blatt, die Frankreich fordere, sei die Politik, die England mehr und mehr in Absonderung von den Fragen des Kontingents bringen müsse. Dies werde ein großes Verhängnis für Europa sein. Niemand werde ein solches Ende mehr bedauern, als das englische Volk; aber es könne ein Zeitpunkt kommen, an dem keine andere Politik möglich sein würde. — „Daily Chronicle“ schreibt, Großbritannien strebe nach dem Wiederaufbau, Frankreich nach der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands, nach einem politischen und wirtschaftlichen Uebergewicht Frankreichs. Unter solchen Umständen, die jetzt aller Welt klar geworden seien, sei der Abbruch der Konferenz unvermeidlich gewesen. Die Amerikaner werden nicht geneigt sein, die Aufgabe irgend einer Anleihe zu gestalten, und England würde natürlich nicht die europäischen Schulden erlassen, wenn das französische Geld vergeudet werde, um Europa zu ruinieren. Fast die gesamte öffentliche Meinung der Neutralen verurteilt das französische Verfahren als kurzschichtig. — „Daily Express“ schreibt: Wenn Frankreich handeln wolle, müsse man es handeln lassen. Aber es müsse allein verantwortlich sein. Großbritannien könne keinen Anteil an

einem Verfahren haben, das es für durch und durch unklar ansieht. Das Blatt fordert die Zurücknahme des britischen Heeres von Köln. Das sei ein Schritt von höchster Bedeutung, den die britische Regierung jetzt erwägen müsse.

Die Stellung Americas

Washington, 5. Jan. Senator Robinson hat den Antrag eingebracht, daß die Vereinigten Staaten sich wieder amtlich in der Pariser Entschädigungskommission vertreten lassen. (Seit längerer Zeit ist Amerika nur durch einen „Beobachter“, Bonden, vertreten.) Der Antrag, dem die Regierung zustimmt, rief im Senat eine lebhaftere Aussprache hervor. Der Senat verlangte die Vorlegung der „Beobachter“-Berichte. Vizepräsident Harding hat dem Präsidenten Bericht erstattet; er reist in nächster Woche nach London zurück.

Londoner Blätter melden aus Washington, sobald Präsident Harding von dem Abbruch der Pariser Verhandlungen erfuhr, habe er alle seine sonstigen Geschäfte zurückgestellt und mit dem Vizepräsidenten Harney und dem Staatssekretär Hughes Beratungen über das baldige Eingreifen der Vereinigten Staaten gepflogen.

Scheitern der Friedenskonferenz

Lausanne, 6. Jan. In den Kreisen der Bevollmächtigten hat man die Hoffnung aufgegeben, daß die Friedenskonferenz fortgesetzt werden könne. Die Unmöglichkeit der Verbündeten der Pariser Konferenz hat den Türken Mut gegeben, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

Der Ersterminister der Regierung in Angora erklärte in der Nationalversammlung, die Türken halten alle ihre Forderungen aufrecht.

Nach englischen Blättermeldungen rufen die Türken alle massenfähigen Männer unter die Waffen.

Die Lohnforderungen der Bergarbeiter

Berlin, 6. Jan. Die Vorschläge des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums über die Lohnfestsetzungen im Bergbau des Ruhrgebiets sind von den Arbeitgebern und den Arbeitern abgelehnt worden. Die Unternehmer machen geltend, daß bei den gegenwärtigen unsicheren Verhältnissen eine zeitliche Festlegung unmöglich sei. Außerdem sei noch unklar, wie der Unterschied zwischen der Lohnhöhe und dem festzuhaltenden Kohlenpreis gedeckt werden soll.

Der erste Trumpf.

Die Forderung der Stunde.

Die erste Folge des Zusammenbruchs der Pariser Konferenz zeigt sich bereits. Louis Barthou hat den Wiederherstellungsausschuss zusammenberufen. Die Tagesordnung dieser Sitzung lautet: Beabsichtigte Verzögerung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen. — Poincaré verliert also seine Zeit nicht. Er geht systematisch vor und will nun alle Trümmer in seine Hand bringen, um die Politik zur Ausführung zu bringen, restlos zur Ausführung zu bringen, die er glaubt betreiben zu müssen. Sir John Bradbury hat nach der „Daily Mail“ sofort erklären lassen, daß er an den Beratungen des Wiederherstellungsausschusses nicht teilnehmen werde. Man deutet in Paris diese vorsichtige abgefaßte Erklärung als die Weigerung Englands, sich in Zukunft überhaupt an den Beratungen des Ausschusses beteiligen zu wollen. Welche Folgen das nach sich ziehen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen, jedoch sieht der Friedensvertrag von Versailles eine derartige Enthaltung eines einzelnen Staates vor, wenn er bestimmt, daß trotz Abwesenheit eines Mitgliedes durch eine zweite, wenige Tage später erfolgende, die erste Abstimmung bestätigende Abstimmung Rechtsgültigkeit für jeden Beschluß geschaffen werden kann. Poincaré verliert also nur acht Tage, um alsdann vorgehen zu können. Schon verkündet der „Zeit Parisien“, was unternommen werden soll, sieht aber im übrigen voraus, daß die Weigerung Bradburys der Ausgangspunkt einer Enthaltungspolitik sei, durch die die britische Abordnung in die gleiche Lage versetzt werde, wie die amerikanische, daß also die Engländer in Zukunft nur die Rolle der Beobachter spielen würden. Die Feststellung der Verzögerung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen sei nur eine Frage von Tagen. Im Laufe der Unterredung, die Poincaré mit Ministerpräsident Theunis gehabt hat, wurde jedenfalls von den Zwangsmaßnahmen gesprochen, die unternommen werden könnten, und die sich ohne Zweifel auf die militärische

Befehung eines Teiles des Ruhrgebietes erstrecken würden.

Die durch den Abbruch der Pariser Konferenz entstandene Lage charakterisieren die deutschen Blätter übereinstimmend folgendermaßen: Solange der Vertrag von Versailles noch gilt, hat Deutschland nur mit der Reparationskommission zu tun. Erst muß die Reparationskommission das Moratorium abgelehnt haben, muß Deutschland den am 15. Januar fälligen Betrag nicht bezahlt haben, eine vorläufige Verzögerung festgestellt und eine Einigung der Alliierten über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt sein, erst dann sind Sanktionen vertragsmäßig zulässig. Führt Frankreich also auf eigene Faust einen Ueberfall auf Deutschland aus, dann macht es, wie sämtliche Blätter betonen, den Vertrag von Versailles zu einem Fetzen Papier und ferner wird es vertragsbrüchig auch seinen Verbündeten gegen über, denen damit die Pflicht zufällt, Deutschland in der Rechtsphäre, die ihm der Vertrag gelassen hat, zu schützen.

Für Deutschland ist die Rechtslage nun folgende: Am 15. Januar d. J. ist das am 31. August 1922 bewilligte Moratorium abgelauten. Es tritt nun wieder der Londoner Zahlungsplan in Kraft, der für den 15. Januar die Zahlung von 500 Millionen Mark bindet. Falls Deutschland sich weigert, diese Zahlung zu leisten, so ist mit den in Art. 18 Anlage 2 des Friedensvertrages vorgesehenen wirtschaftlichen und finanziellen Vergeltungsmaßnahmen zu rechnen. Ob Deutschland noch Gelegenheit gegeben wird, die Reparationskommission um eine Hinauschiebung der Zahlung zu ersuchen, hängt davon ab, ob die Gegenseite diese Frage nicht bereits durch die Konferenz vom 6. November 1922 als erledigt ansieht.

Der Abbruch der Konferenz von Paris hat für die Abribe Welt und für uns völlige Klarheit, eine allerdings sehr schmerzliche Klarheit gebracht. Die Politik, die Frankreich verfolgt, hat die Konferenz zu dem Ende getrieben, zu dem sie nach seiner Ansicht kommen sollte. Ebenso wie ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Plänen auf unserem Rücken hätte zustande kommen müssen, so wird zweifellos auch die Uneinigkeit zwischen den Verbündeten zunächst auf unsere Kosten ausgetragen werden. Für die deutsche Regierung, vor allem aber für das deutsche Volk, ist die Richtung zweifelsfrei gewiesen. An der Form und dem Inhalt der deutschen Vorschläge ist es nicht zum Bruch gekommen, konnte es gar nicht zum Bruch kommen. Das deutsche Volk sieht unmittelbar und unverrückbar die Politik der Händler und Sanktionen im ersten Vordergrund. Unser Plan wurde nicht einmal zur Kenntnis genommen. Das Gesuch des deutschen Botschafters in Paris an die Konferenz, den deutschen Staatssekretär Bergmann zur Uebergabe und Erläuterung unseres Plans zuzulassen, wurde nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Die Ungunst der reichen Zuspitzung innerhalb der Konferenz kann das ungewöhnliche eines solchen diplomatischen Verhältnisses nicht erklären. Aber sei dem, wie ihm wolle. Das deutsche Volk muß, wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, darauf gefaßt sein, daß Frankreich mit allen Mitteln versuchen wird, den von Marschall Foch ausgehenden, von ihm selbst mit gewissen Bedenken aussehenden militärischen Plan zur Durchführung zu bringen. Das bedeutet für das deutsche Volk zweifellos die Drohung mit einer neuen Periode schwerster Prüfung. Wir wissen im einzelnen nicht, welche weltpolitischen Demurragen den französischen Absichten etwa entgegenstehen und welche Kraft solche Widerstände entwickeln werden, aber auch nur entwickeln könnten. Jedenfalls kann nur eine Einheitsfront der Roten Widerstand anbringen, dessen wir bedürfen, um diese Periode zu durchlaufen. Das ist die Forderung der Stunde.

Was wird Amerika tun?

Von einem Außenpolitiker

Je kritischer die Lage in den letzten Sitzungen der Pariser Konferenz wurde, desto gespannter begann alle Welt, nach Washington zu blicken. Was wird Amerika tun? Die Harding'sche Regierung läßt sich, wie die Funkprüche melden, täglich von ihrem Pariser Botschafter Herrick und ihrem Beobachter in der Entschädigungskommission, Bonden, über den Fortgang des Ringens der verbündeten Finanzminister Bericht erstatten. Der Unmut der öffentlichen Meinung in Amerika über die unlösbar erscheinende englisch-französische Meinungsverschiedenheit ist so groß, daß Präsident Harding von neuem seine Bereitwilligkeit erklärt, in die europäische Politik einzugreifen und mit amtlichen Vorschlägen hervorzutreten. Zwischen dieser abermaligen Bereitschaftserklärung und einem wirklich entscheidenden Schritt darf jedoch kein langer Weg liegen, sonst ist alles verloren.

Bis zu dem schicksalsschweren 15. Januar, an dem die nächste Zahlung fällig ist und Frankreich mit einer neuen Ultimandrodhung gegen Deutschland vorzugehen trachtet, müssen die Amerikaner unbedingt einen bestimmten Vorschlag zustande bringen. Leider war die Art des Eingreifens in Amerika selbst bisher noch recht unklar. Man weiß eigentlich immer noch nicht, was Staatssekretär Hughes in seiner vielgenannten Rede in Connecticut als Plan seiner Regierung in Aussicht gestellt hat. Nach der einen Auffassung schlug er vor, daß man die europäische Wiederherstellungsfrage einem aus Sachverständigen aller Nationen zusammengesetzten Gerichtshof übertrage. Das von diesem Gerichtshof „empfohlene“ Urteil sollte dann der Prüfung der interessierten Länder vorbehalten werden. Ein in holländischer und verwickelter Verfahren! Nach anderen Berichten skizzierte der Staatssekretär einen Vorschlag, nach dem die höchste finanzielle Autorität jedes beteiligten europäischen Landes einen Finanzplan zusammen stelle, den eine hervorragende amerikanische Persönlichkeit als unparteiischer Schiedsrichter ausarbeiten habe. Auch dieser Plan klang wenig verlockend und man kann eigentlich nicht annehmen, daß ein so bedeutender Jurist wie Hughes sich so naiv und unpolitisch geäußert habe. Klarer wurde jedenfalls übermüht, wie Senator Borah sich das Eingreifen der Vereinigten Staaten denkt. Er verlangte von Harding die Einberufung einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz, auf der Amerika alle Entschädigungsfragen einer eingehenden Prüfung unterwerfen sollte, diejenige der Kriegsschulden nicht ausgenommen. Auf diesen warmen Appell folgte aber sofort ein glatter Wasserstrahl in Form eines Briefes, den Harding an Borah richtete und den dieser im Senat zu Washington verlas. Harding protestierte in dem Brief gegen die „vermühtliche“ Absicht, die rechtmäßigen Befugnisse des Präsidenten zu beschränken.

Unterdessen ist vieles geschehen, was der Angstreueheit ein anderes Gesicht gibt. Die englische Regierung hat ihre Billigung der von Staatssekretär Hughes gemachten Vorschläge zum Ausdruck gebracht und ihren jezt in Washington weilenden Schatzkanzler Baldwin ermächtigt, bei der Erörterung darüber im Namen der britischen Regierung zu handeln. Bonar Law erklärte sich ausdrücklich bereit, die Entschädigungsfrage einer Konferenz von internationalen Sachverständigen zu überweisen, wenn die Pariser Konferenz scheitern sollte. Sodann hatte ganz kürzlich der amerikanische Botschafter in London, Harvey, eine lange Unterredung mit dem Präsidenten Harding in Washington. Harvey betonte die Notwendigkeit der Abschaffung der Beschränkungen, denen die amerikanische Kommission für Regelung der Verbandskriegsschulden untersteht, und die Wichtigkeit der amerikanischen Vertretung in der Entschädigungskommission. Der letztere Gedanke hat sich bereits zu einem Antrag im amerikanischen Kongreß verdichtet: Widerruf jenes Beschlusses, durch den Amerika sich aus der Entschädigungskommission zurückzog. Präsident Harding empfahl bereits in dem genannten Brief an Senator Borah dem Kongreß, wenn er etwas tun wolle, dann doch eine solche Entschlebung zu treffen, durch die Amerika wieder in die Entschädigungskommission eintritt. Es ist dies natürlich nur ein erster einseitiger Schritt. Aber wer es sagt, muß auch V. sagen. Vieles, ja alles hängt von einem rechtzeitigen Eingriff ab, der den dunklen Einmarschplänen Foch-Poincarés zuvorkommt.

Parteitag der württ. Demokraten

Stuttgart, 6. Jan.

Als Auftakt zu der am Dreißigstag in der Lieberhalle abgehaltene Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns fand im Konzertsaal der Lieberhalle ein zahlreich besuchter Parteitag statt. Nach der Erstattung des Geschäftsberichts durch Geschäftsführer Hof und des Kassaberichts durch Protokurist Hg wurden die Wahlen des Parteivorstandes und seines Stellvertreters vorgenommen und durch einstimmige Wiederwahl bestätigt der Abg. Dr. Brunnmann als Landesvorsitzender, Finanzminister Dr. Schall als 1. stellv. Landesvorsitzender und als weitere Mitglieder die Abgeordneten Scheef, Stadtpfarrer Eisenwein, Johannes Fischer und Geschäftsführer Hof. Ueber die Landespolitik sprach dann der Abg. Scheef, worauf ein Mejerat des Abg. Dr. Wieland-Ullm über Reichspolitik folgte. An beide Vorträge schloß sich eine mehrstündige Ansprache an, in der den grundlegenden Ausführungen der beiden Referenten weitgehend zugestimmt wurde.

Die Hauptversammlung am Erscheinungsfest im großen Festsaal der Lieberhalle ging unter überaus zahlreicher Teilnahme der Parteimitglieder aus dem ganzen Land vor sich. Voraus ging im Kreuzerstraße der Lieberhalle eine Gedächtnisfeier für Konrad Haußmann und Theodor Liesching, bei welcher Dr. Theodor Henn Berlin in einer warmherzigen geistvollen Rede die Verdienste der verstorbenen Parteiführer um die Sache der Demokratie würdigte. Die Landesversammlung wurde von dem ersten Parteivorsitzenden, Weh. Rat Dr. Brunnmann-Hellbrunn mit einer Ansprache eröffnet, worin er nach einer Begrüßung der Parteifreunde aus Bayern und Baden unter Hinweis auf die schweren Nöte der Zeit die Notwendigkeit echter demokratischer Gesinnung zur Stärkung des Willens zum Staat im Interesse von Volk und Vaterland betonte. Wir sind auch im Innersten überzeugt, führte er aus, von der Notwendigkeit und Wichtigkeit der heutigen Staatsform; darum stehen wir ein für die Republik und für den Volksschutz, den wir mit Kräften schützen wollen gegen jeden Ansturm und Verrat, in der letzten Ueberzeugung, daß jeder Versuch, die Staatsform in Deutschland wieder zu ändern, verknüpft sein mußte für das deutsche Volk mit einem noch größeren Unglück, als das hinter uns liegende. Nachdem der Vorsitzende dann noch in warmherzigen Worten unter lebhafter Zustimmung der Versammlung unsere deutschen Brüder in den abgetretenen Gebieten und im Rheinland der Treue des deutschen Volkes versichert hatte, brachte der frühere badische Staatspräsident Dr. Hummel die Grüße der badischen Parteigenossen zum Ausdruck.

Dann sprach Gesandter a. D. Dr. Riezler-Berlin über Deutschlands politische Lage um die Jahreswende. Den Ausgangspunkt seiner interessanten Darlegungen bildete der Zusammenbruch unserer Währung und die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, sowie der von Frankreich gemachte ergebnislose Abbruch der Pariser Konferenz. Wie unaufhörlich seit den Zeiten Ludwigs XIV. arbeitet die französische Politik auch heute noch auf die Zerkümmern und Vernichtung Deutschlands hin, um, über die Trümmer hinausgreifend, die Hegemonie in Europa zu erlangen. Der neueste Reparationsplan Poincarés wird nur verständlich als Einleitung einer Politik der Gewalt. So schlimm für uns aber auch der ergebnislose Ausgung der Pariser Konferenz ist, so ist dieser Abbruch doch noch besser, als wenn man sich in Paris geeinigt hätte, auf ein Kompromiß auf der ungefähren Grundlage der französischen Pläne, das für uns unerträglich gewesen wäre und überdies die Zustimmung der anglo-amerikanischen Welt zu dieser französischen Gewaltpolitik in sich geschlossen hätte. Die nächsten Tage werden nun zeigen müssen, ob Frankreich sich zu einem isolierten Vorgehen entschließen und versuchen wird, der

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

21.

(Nachdruck verboten.)

„Ja, was ist Euch denn, Mutter Jubila?“ begann das Mädchen, das ängstlich geworden war, zu drängen. „Was ist es denn mit dem Taler? Sagt mir doch, was es damit für eine Bewandnis hat?“

Jubila faßte ihre Hand und sah ihr ernst und freundlich ins Auge. „Das soll ich Dir sagen?“ rief sie. „Ich denke, es ist das Beste — wenn ich's nicht tue. Du bist aus freien Stücken hierhergekommen, so fähr' es auch durch, wie du's vor hast! Ich will Dich nicht ir' machen.“

„Aber, Mutter Jubila,“ sagte Engel und suchte die sich Abwendende zu halten, „laßt mich doch nicht in der Ungewißheit; sagt mir doch —“

„Wenn ich auch wollte, so könnt' ich nicht mehr,“ war Jubila's Antwort. „Dort kommt der Bauer schon den Mädel herauf; jezt hab' ich auch keine Zeit mehr; jezt nimm Dich zusammen, Mädel! Ich überlaß' Dich Deinem Schuttpengel.“

Ehe das Mädchen erwidern konnte, war sie über die Gräb hinabgestiegen und hatte einen Seitenpfad unter den Obstbäumen eingeschlagen, offenbar in der Absicht, dem Bauern nicht zu begegnen, mit dem sie jezt nicht in's Gespräch kommen wollte. Es hätte aber dieser Vorsicht nicht bedurft. Der Bauer kam ganz gegen seine Gewohnheit, mit gemessenen Schritten heran und sah mit jenem Ausdruck vor sich hin, welcher zeigt, daß die Gedanken nicht den Augen folgen, sondern ihre eigenen Wege gehen.

Er mochte die vor dem Hause ihn erwartende Gestalt für Jubila halten — mit unverkennbarer Ueberraschung blieb er stehen, als er sie kannte, und ein halb spöttisches, halb freundliches Lächeln glättete einen Augenblick die Falten des Nachdenkens auf seinem Gesicht.

„Du bist da, Mädel?“ sagte er, „das ist ein seltsamer Besuch. Aber Du hast ganz Recht, daß Du zu mir kommst — hast Dir halt' meine Red' von gestern besser überlegt. Ja, ja, guter Rat kommt über Nacht, und ein gutes Mähl auf dem Himmelmoosherhof, das schlägt man so leicht nicht aus. — Na, komm nur herein in die Stuben! Das können wir drinnen am besten ausmachen.“

„Es ist nicht bedewegen, daß ich komm,“ entgegnete das Mädchen, ohne sich von der Stelle zu bewegen. „Ich hab' nur ein Wort von dem behalten, was Ihr gestern gesagt habt. Ihr habt mich vor allen Leuten beschimpft, habt mir meine Ehr' abgeschnitten und habt gesagt, ich wär' Euch geringer, als eine Bettlerin hinterm Jaun — bedewegen bin ich da. Ich hab' niemand auf der Welt, der sich um mich annimmt; also muß ich mich selber um meine Haut wehren und muß Euch fragen, was Ihr Unrechtes von mir wißt, daß Ihr mich so herunterseht vor allen Leuten. Ihr könnt' sagen, daß ich Euch zu arm bin zur Schwiegertochter; Ihr könnt' Eurem Sohn verbieten, daß er mit mir geht, aber Ihr dürft mich nicht schlecht machen — das verbiet' ich Euch, und wenn Ihr ein richtiger Bauer und ein Mann sein wöllt, der selber Ehr' im Leib hat, so gebt Ihr mir meine Ehr' wieder und gesteht es ein, daß Ihr mir Unrecht getan habt!“

Der Bauer, in seinem hochmütigen Troge an Widerspruch nicht gewöhnt, war über das entschiedene Auftreten des Mädchens verblüfft und schwieg einige Augenblicke, ehe er auf ihre Aufforderung zu erwidern vermochte. In der ersten Regung wollte er sie in seiner gewohnten Festigkeit unterbrechen; er begann die Hände unmutig zu reiben, und doch war etwas in dem entschlossenen Betragen des Mädchens, was ihm wohl gefiel und was die Erwidernung viel milder ausfallen ließ, als er sie beabsichtigt hatte.

„Du tust mir Unrecht, Mädel,“ und haßt mich ganz falsch verstanden; es ist mir nicht im Schlaf eingefallen, Dich zu schimpfen und an deiner Ehr' zu kränken. Das will ich Dir gleich auseinanderlegen, aber komm' nur in's

Haus herein! Das können wir doch nicht Alles so auf dem Türgeschwell abmachen. Set' Dich nieder,“ fuhr er fort, als sie seiner Einladung gefolgt war, und deutete nach dem Ehrenplatze am großen Tisch, sie aber tat, als ob sie das nicht bemerkte, und setzte sich auf die umlaufende Holzbank neben der Tür.

Wieder fing der Bauer an, die Hände zu reiben, und ließ sich unmutig am Tische nieder; je seltener er jemand eine besondere Artigkeit erwieis, desto mehr war er gewohnt, dieselbe als etwas Bedeutendes betrachtet zu sehen, und desto empfindlicher ward er, wenn es ihm nicht geschah. „Aha,“ rief er mit bitterem Lachen. „Du traust dem Landfrieden nicht und sehest Dich an die Tür, damit Du gleich draussen bist, wenn mir etwa die Hüh' übergeht. Hast keine Urjad' dazu; ich kann das Rüssel, wenn es durchgehen will, wohl auch anhalten, und das beweist' ich Dir am besten, wenn ich sag', daß es mir gestern durchgegangen ist und daß ich, wenn ich Dich gestern wider meinen Willen an der Ehr' angegriffen hab', sie Dir gern wieder geben will. Sag' mir nur, wie ich's anstellen soll!“

„Das ist ganz leicht,“ entgegnete das Mädchen. „Ihr dürft nur gleich mitgehen zum Pfarrer — wir werden gerade zur Kirche hinkommen, wenn Amt und Predigt aus ist — der Vorsteher wird auch da sein; dann braucht Ihr nur denen Joenen, sodas es alle Leute sehen, das zu wiederholen, was Ihr mir jezt gesagt habt, und daß Ihr mir nichts Unrechtes nachsagen könnt.“

„So? Sonst verlangst Du nichts?“ sagte der Bauer und trommelte mit den Fingern auf dem Tische. „Sonst nichts, als daß ich mich wie ein Dieb, der am Pranger stehen muß, vor der Gemeind' unter die Kirchentür stell' und um schön's Wetter bitt', wie ein kleiner Bub'? Das tut der Himmelmooser nicht, aber ich will Dir was vorschlagen, was viel kräftiger ist.“

„Und was könnt' das sein?“ fragte staunend das Mädchen.

(Fortsetzung folgt.)

deutschen Regierung die Zustimmung zu diesen Plänen mit Gewalt abzurufen, sie werden auch Arbeit darüber schaffen, ob und inwieweit England und Amerika die Franzosen gewähren lassen wollen, oder ob sie protestieren werden und in welcher Form und mit welchem Nachdruck. Darüber kann aber jetzt schon kein Zweifel bestehen; der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet, mag er sich nun auf einen Beschluß der Reparationskommission gründen oder als einen nackten Akt der Gewalt darstellen, würde den Frieden von Versailles zerschneiden und rechtlich eine völlig neue Grundlage schaffen. Wir leisten alles Erfüllbare, geben alle Garantien, die wir geben können; aber mit oder ohne Ruhrbesetzung können wir niemals unsere Zustimmung geben zu Pfandmaßnahmen und zu einer Zollgrenze mit politischen Hintergedanken; auch mit Gewalt wird man uns die Zustimmung zu solchen Maßnahmen nicht abpressen können; wir sanktionieren beratige Sanktionen nicht! Hierin ist das ganze deutsche Volk einig! (Leb. Beifall.) Die Not der Stunde erfordert ein seelisch geeintes, staatlich disziplinierendes Volk, das sich geschlossener hinter die Regierung stellt. Und in diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß die bei uns bisher übliche Art des Parlamentarismus, die die Grenze zwischen Regierungen und Kontrollieren verwischt und, wie sich namentlich in der jüngsten Zeit wieder gezeigt hat, zu einer schädlichen Verlangsamung und Verschwerflichkeit der Regierungsaktion führt und namentlich in Fragen der auswärtigen Politik versagen muß. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, bedeutet das Kabinett Cuno, auch wenn es nicht aus den Parteien oder einer Koalition derselben unmittelbar hervorgegangen ist und aus einer verhältnismäßig schwachen parlamentarischen Basis beruht, einen wesentlichen Fortschritt, es ist ein Kabinett, von dem wir annehmen dürfen, daß es führen kann, weil es in sich geschlossen ist, als die früheren Regierungen. Die gewaltigen Aufgaben, die ein Blick auf die auswärtige Lage uns zeigt, können nicht gemeistert werden, wenn eine Regierung sich jeden Tag aus neuen, unberechenbaren Fraktionsverhandlungen schwanke Direktiven holen muß. Darum müssen wir alles daran setzen, daß der Parlamentarismus bei uns aus seinen Kinderkrankheiten herauskommt und wir zu einer geschlossenen und entschlossenen Führung gelangen.

Frau Ministerialdirektor Dr. Gertrud Baumert sprach dann noch, gleichfalls unter vielfachem lebhaftem Beifall der Versammlung über innerpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen. Wenn wir sehen, wie auch heuer wieder in Deutschland Sylvester gefeiert wurde, wie teilnahmslos und stumpf viele Kreise unseres Volkes der immer größer werdenden Not der freien Berufe und weiter Kreise des Mittelstandes, sowie dem Untergang der Kleinrentner gegenüberstehen, wenn man weiter sieht, wie die heute gut verdienende Jugend ihr Geld verwendet, wie schon eine starke wirtschaftliche Krise und Arbeitslosigkeit im Anzug ist, ob nun die Inflation weiter geht oder eine Stabilisierung der Mark gelangt, so werden Zweifel aufstauen, ob unser Volk für die Aufgaben der kommenden schweren Zeit das nötige Maß von Kraft und Verantwortlichkeitsgefühl aufbringen wird. Aber wir dürfen nicht verzweifeln, und gerade die Demokratie muß mit aller Kraft daran arbeiten, daß der Wille zum Staat gestärkt, die Massenregimente überwunden und daß das ganze Volk in allen seinen Gliedern von einem starken Nationalbewusstsein erfüllt werde.

Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden und dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die dreitägige Dreikönigsstagung der schwäbischen Demokratie ihren Abschluß.

Neues vom Tage.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 7. Jan. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags tritt in den nächsten Tagen unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns zusammen, um Erklärungen des Reichskanzlers über die gesamte politische Lage insbesondere über die durch den Abbruch der Pariser Konferenz geschaffenen Situationen entgegenzunehmen. Der Reichskanzler Dr. Cuno wird bereits heute oder morgen die Parteiführer zu einer Aussprache empfangen. Staatssekretär Bergmann wird in Berlin erwartet.

Französische Verletzung deutscher Hoheitsrechte.

Mannheim, 7. Jan. Im besetzten Gebiet macht sich im Zusammenhang mit der Marschbereitschaft eine rege Tätigkeit der französischen Militärflieger bemerkbar. Um der drohenden Verletzung einer friedlichen Anstrich zu geben, werden Aufklärungsflüge in das unbesetzte Deutschland unternommen. Trotz des unächtigen Wetters wurden in der letzten Zeit wiederholt französische Militärflieger über der sog. neutralen Zone beobachtet. In der vergangenen Nacht kreuzten französische Militärflieger längere Zeit über Mannheim.

Die nächsten Schritte.

Paris, 7. Jan. Der belgische Minister Jaspars erklärte, die alliierten Mächte, Frankreich, Italien und Belgien, sind einig darin, Deutschland kein Moratorium ohne Garantien zu geben. Es ist wahrscheinlich, daß wir gemeinsam den französischen Plan studieren werden. Es handelt sich nicht darum, sofort und im gesamten Umfang den Plan Poincares auszuführen; viele Gesichtspunkte sind noch zu regeln.

Einmündiger Beschluß der Reparationskommission, die deutschen Vertreter in der Kohlenfrage zu hören.

Paris, 7. Jan. Im Anschluß an die amtlichen Verhandlungen über die gestrige Sitzung des Wiederherstellungsausschusses teilte der „Temps“ mit, daß der Beschluß, die deutschen Vertreter in der Kohlenlieferungsfrage anzuhören, einstimmig gefaßt worden ist, obwohl der Ausschuß nicht verpflichtet gewesen sei, diesen neuen Beweis für sein Willigkeitsgefühl zu geben. In der Annahme, daß das deutsche Aktenmaterial für die betreffende Sitzung bereit liegt, habe der Ausschuß die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern schon am Montag nachmittag 3 Uhr angefangen. Im Laufe der kurzen Aussprache am gestrigen Vormittag habe Bradbury in einigen Worten die Beseitigung des Vertrauens und die unerblichste Aufricht-

erhaltung der Freundschaft und Wohlwollen des Ausschusses empfohlen. Der „Temps“ erwartet, die von der französischen Abordnung vorgeschlagene Feststellung einer deutschen Verletzung für Montag abend oder Dienstag morgen. Im Anschluß daran wird nach dem Blatt das deutsche Gehör im Verhandlungsausschub vom 13. November zur Verhandlung kommen.

Amerika tut nichts?

Paris, 7. Jan. Aus Washington wird gemeldet, daß Präsident Harding hinsichtlich der künftigen Stellungnahme die entscheidendste Haltung einnehmen werde. Er sei entschlossen, dahin zu wirken, daß die Reparationsfrage gelöst werde. Er sei bereit, auch das letzte Mittel Amerikas anzuwenden, um eine Verständigung zu erreichen, obwohl es natürlich möglich sei, daß die Bemühungen der Vereinigten Staaten nicht erwünscht sein würden. In diesem Falle werde nichts getan werden, um ein amerikanisches Eingreifen bei den Alliierten durchzuführen.

Württemberg

Stuttgart, 5. Jan. Würt. Landesparlasse. Durch Beschluß des Vorherrats ist für das Jahr 1923 Kommerzienrat F e h e r zum Ersten Vorsteher der Würt. Landesparlasse und Präsident a. D. v. F i s c h e r zum Stellvertreter des Ersten Vorstehers wieder bestellt worden.

Stuttgart, 6. Jan. Weibliche Schöffen. Am letzten Donnerstag amtierte an einem hiesigen Gericht zum erstenmal eine Frau als Schöffin. Sie machte auch von dem Schöffennicht-Gebrauch, unmittelbare Fragen an den Angeklagten zu richten.

L.C. Der Streik der Viehhändler. Dem letzten Stuttgarter Schlachtwiechmarkt waren ausweislich des Marktberichts nur sehr wenig Tiere zugetrieben. Es war die Wirkung des Streiks, in den die Viehhändler gegen die Verfügung des würt. Ernährungsministeriums betreffend die Führung von Viehkontrollbüchern eingetreten waren. Außerdem kam es auf dem Schlachthof zu einem Zwischenfall, als die Wehrpolizei eingriff. Eine Verfolgung des angezeigten Falls konnte aber nicht durchgeführt werden, weil sich herausstellte, daß der verlangte Preis den Vormarktpreis nicht überschritten hatte. Inzwischen sind auch Verhandlungen eingeleitet worden, um den Viehhändlern die für die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit verlangten Zugeständnisse zu machen. In der Hauptsache handelt es sich darum, daß Händler mit kaufmännischer Buchführung vom Zwang der Kontrollbücher befreit werden. Die Verhandlungen sind bereits aufgenommen worden, wobei die Stuttgarter Stadtverwaltung als Fürsprecherin für die Forderungen der Viehhändler auftrat, denn sie wird durch den Streik der Viehhändler den meisten Schaden gehabt haben.

Vom Tage. Aus der Bauhütte der Firma Müller, Marx u. Co. in der unteren Königstraße wurden 413 Pakete Drahtstifte im Wert von 600 000 M. gestohlen.

Riedlingen, 5. Jan. Amerikaspende. Josef Miller, der älteste Sohn des in Kappel verstorbenen Kaisers Kaver Miller hat seiner Heimatgemeinde Kappel zur Pinderung der Rot armer und kranker Leute 100 000 M. überwiesen.

Leffnang, 5. Jan. Eisen Diebstahl. In der Nacht beobachtete ein Nachtwächter zwei junge Leute, die mit einem Handwagen in der Richtung Langenargen fuhren und dann mit einer Last zurückkehrten. Es handelte sich um die Brüder Franz und Wilhelm Wiedemann. Die Ladung bestand aus einem Bund neuen Bandeisens im Werte von 27 000 M., die gestohlen wurde. Die Täter wurden in Haft genommen.

Die Vergütung an die Kommunalerbände für das dritte Sechstel der Getreideumlage ist auf 350 M. für den Zentner festgesetzt. Den Antrag der Kommunalerbände, die Vergütung für das erste Drittel (60 M. f. d. Ztr.) nachträglich zu erhöhen, hat die Reichsgetreidestelle abgelehnt.

L.C. Landwirtschaftliche Ausstellung. Die vom Landwirtschaftlichen Hauptverband anlässlich der diesjährigen Landwirtschaftlichen Woche im Mai geplante Landwirtschaftliche Ausstellung wird an Reichhaltigkeit wohl alle bisherigen Veranstaltungen dieser Art, die wir in Württemberg hatten, übertreffen. Ganz besondere Sorgfalt wird den rein landwirtschaftlichen Fachgebieten zugewendet. Von der in Aussicht genommenen *W a s t u c h e n s a u s s t e l l u n g* mit Vorführung und Prämiierung der Tiere kann man heute schon sagen, daß sie ein umfassenendes Bild der gesamten in Württemberg betriebenen Viehzucht bieten wird. Daneben wird auch die mit der Viehzucht zusammenhängende landwirtschaftliche Erzeugung zur Darstellung gelangen.

L.C. Für Branntweinbrenner. Wie die Korrespondenz des Landwirtschaftlichen Hauptverbands in Württemberg zu melden weiß, werden die Branntweinbrenner vom 15. Januar ds. Js. ab, wahrscheinlich sogar schon früher, mit einer neuen, schweren und einschneidenden wirtenden Steuer belastet werden. Es empfiehlt sich deshalb, das vorhandene Material noch vor diesem Zeitpunkt und so schnell wie möglich abzubrennen.

Drei Milliarden Telephongespräche im Jahr 1921. Soeben wird die Statistik über das Telephon- und Fernsprechwesen für das Jahr 1921 bekannt; es wurden nach den „Berkehenachrichten“ insgesamt 83 743 880 Telegramme befördert, dazu 9 205 000 Telegramme des öffentlichen Beterdienstes. Das Deutsche Reich verfügte über 47 401 Telegraphenanstalten, so daß je eine Telegraphenanstalt auf zehn Quadratkilometer und 1242 Einwohner entfällt; die Gesamtlänge der Telegraphen- und Fernsprechleitungen und -linien betrug 10 170 304 Kilometer. — An Gesprächen wurden im Jahre 1921 2 422 930 310 Ortsgespräche und 547 681 380 Ferngespräche vermittelt; im ganzen waren 40 930 Fernsprechanstalten vorhanden, die insgesamt 1 062 978 Fernsprechteilnehmer mit 1 915 717 Fernsprechstellen (in den Dreifernsprechnetzen) bedienten; demnach kommt je eine Fernsprechanstalt auf 11,8 Quadratkilometer und 1439 Einwohner, je eine Fernsprechstelle auf 31 Einwohner und auf jeden deutschen Staatsbürger kommen im Jahre 1,5 Telegramme und rund 50 Telephongespräche.

Großes Haus. 9. Jan. S. 1: Amelie (7—10). — 10. S. 4: Zaubersilbe (6½—10). — 11. S. 9: Die Bögel (7½—10). Es gelten Karten S. 9 Dperneinheit f. Or. Haus). — 12. S. 6: Der arme Heinrich (7—10). — 13. Wilhelm Tell (5½ bis 9½). — 14. Hoffmanns Erzählungen (7—10).

Kleines Haus. 9. S. 3: Schweizer (7½—10). Karten S. 3 Schauspielereinheit B). — 10. Peterchens Mondfahrt (3½—6). S. 10: Des Fels Schatten (7½—10). Es gelten Karten S. 10

Was ihr wollt). — 11. S. 2: Schweizer (7½—10). Es gelten Karten S. 2 Schauspielereinheit B). — 12. Peterchens Mondfahrt (6—8½). — 13. S. 8: Der treue Soldat. Weiberverschwörung (7½—10½). — 14. Morgenfeier (11½—12½). Peterchens Mondfahrt (3—5½). Schweizer (7½—10). — 15. Die versunkene Glocke (7—10).

Diebstahls. 15. Jan.: V. Sinfoniekonzert (7½).

Alterlei

Das Ende der „Grünen Blätter“. In ihrem letzten Heft kündigen nun auch die „Grünen Blätter“ die Einstellung ihres Erscheinens an. Damit ist die älteste deutsche Zeitschrift der Not, unter der die gesamte Presse leidet, zum Opfer gefallen.

Ein Bild der Zeit. In München sollte ein Generaloberarzt a. D. beerdigt werden, der angeblich an einem Schlaganfall gestorben war. Die Untersuchung ergab jedoch als Todesursache völligen Kräfteverfall durch ständige Unterernährung. Der Verstorbene hatte mit seiner Hände Arbeit den sorgfältigen Lebensunterhalt verdient und daneben Hausgeschäfte niedriger Art verrichten müssen, da die Familie kein Dienstmädchen hatten konnte. Die Bethe wie es überdies Spuren von Mißhandlungen auf, die den Gegenstand einer weiteren Untersuchung bilden.

Mit vereinten Kräften. Die Bergarbeiter des August-Delsnitzer Reviers in Sachsen haben beschlossen, sofort fünf bis sechs Sonntagsschichten zu verfahren und einen Teil des Kohas zum Ausbau eines neuen Krankenhauses abzuführen. Die Grubenbesitzer leisten einen Beitrag von 500 M. für jede Tonne der geförderten Kohlen. Das Krankenhaus soll im nächsten Herbst errichtet werden und dürfte mindestens 70 Millionen kosten.

Ehrentrommel einer Heiligen. Die Universitäts-Salamanca hielt Mitte Oktober in Gegenwart des spanischen Königspaares eine Gedenkfeyer anlässlich der 300. Wiederkehr des Tods der Heiligsprechung der heiligen Theresia von Avila ab. Dabei wurde, wie die Monatschrift „Hochschule und Ausland“ meldet, die Heilige zum Ehrendoktor der Universität promoviert. Die Promotion wurde in der Weise vorgenommen, daß die im Dom der Stadt aufgestellte Statue der Heiligen mit einem von spanischen Damen gestifteten Dottorhut bedeckt wurde.

6000 Zentner Zuckerrüben sind bei Mühlberg in der Elbe verunken, weil ein Raddampfer den Lastkahn rammete. Auch der Dampfer wurde schwer beschädigt.

Im Stadttheater in Ingolstadt sollte ein französisches Spektakelstück „Das Karussell“ aufgeführt werden. Ein Teil der Zuschauer verlangte aber stürmisch die Absehung des Stückes. Es wurde geschrien und gepfiffen, bis das Theater geschlossen wurde. Dann wurde das „Deutschlandlied“ angestimmt und die Menge löste sich friedlich auf.

Ein Denkmal für die Tieropfer des Weltkriegs. Der Bezirksrat von Westminster hat kürzlich einen Antrag zum Beschluß erhoben, der die Errichtung eines Denkmals für die Tiere, die im Weltkrieg ihr Leben lassen mußten, anordnet. Der Londoner Tierärzverein hat dem Denkmalsausschuss bereits 2000 Pfund Sterling überwiesen. Die Reihe der Tiere, deren Gedächtnis hier geehrt wird, reicht von den kleinen Vögeln, die zur Auffspürung giftiger Gase benutzt worden waren, bis zu den Elefanten, die beim Transport schwerer Lasten getötet wurden. Im ganzen hat England 364 130 Pferde verloren. Die Zahl der Hunde, die getötet wurden, geht in die Tausende. Die weiteren Opfer umfassen russische Reittiere, Ochsen, Brieftauben, Katzen, ja selbst Goldfische, die zur Feststellung der chemischen Zusammensetzung der Gase in das Wasser gesetzt wurden, das zum Auswaschen der Gasmasken dienete.

Brandstiftung. Eine zu dem Rittergut Manschwitz bei Plauen l. B. gehörende reichgefüllte Feldschener wurde ruheloser Weise in Brand gesteckt. Der Schaden beträgt 30 Millionen Mark.

Verbot der Milchfütterung. Der württembergische Ernährungsminister hat die Verfütterung von Vollmilch neuerdings verboten. Die Landesversorgungsstelle ist ermächtigt worden, in Gemeindefeldern, in denen Kuhhalter zur Frischmilchlieferung verpflichtet sind, die Herstellung von Butter über den eigenen Bedarf hinaus zu verbieten.

Vom Paketverkehr nach der Schweiz. Wie die schweizerische Postverwaltung mitteilt, kommt es sehr häufig vor, daß die Absender von Wertpaketen aus Deutschland nach der Schweiz und Italien auf den Paketkarten einen höheren Wertbetrag angeben, als in den Zollinhaltsangaben. Nach Art. 17 des Postpaketvertrags ist aber jede betrügerische Angabe eines höheren als des wirklichen Wertes des Paketes verboten. Wird hiergegen verstoßen, so verliert der Absender nicht nur jeden Anspruch auf Schadenersatz, sondern es kann auch gerichtliche Verfolgung eintreten.

ep. Aus dem einflügen Deutsch-Ostafrika. Der evangelischen Missionsgesellschaft in Leipzig ist von der englischen Regierung gestattet worden, den Elflüher Pflüger, einen erfahrenen Ostafrikaner, sowie den Südrussen Kusch auf ihre Missionsfelder am Nilmondschiro und Wera zu entsenden. Diese sind seit der Vertreibung der Reichsdeutschen unter der Pflege von 2 deutsch-baltischen und 2 deutsch-amerikanischen Missionsarbeitern in befriedigendem Zustand geblieben und haben eine erhebliche Zunahme der eingeborenen Christen erfahren. Letztere wünschen die unbeschränkte Rückkehr der Deutschen.

Kompaßpflanzen

Wenn wir eine Pflanze, die bisher einen von allen Seiten gleichmäßig beleuchteten Standort hatte, an das Fenster stellen, so daß das Licht hauptsächlich nur von einer Seite die Pflanze treffen kann, so machen wir die Beobachtung, daß die Stellung der Zweige und Blätter sich in kurzer Zeit völlig verändert. Die einzelnen Teile wenden sich dem einfallenden Licht zu, die Stengel der Blätter und die Zweige krümmen und dehnen sich so lange, bis die Richtung ihrer Endachse mit der der einfallenden Lichtstrahlen zusammenfällt. In dieser Stellung können die Pflanzen am besten ihre Blattoberflächen dem Licht, das zur Erzeugung des Photosynthes bedingt nötig ist, zuwenden, so daß sie die größtmögliche Fülle von Licht bekommen. Man nennt diese Eigenschaft der Pflanzen Heliotropismus (Hinwendung zum Sonnenlicht), und zwar den positiven; denn es gibt auch Pflanzen mit negativem Heliotropismus, die also das Licht fliehen und die dem Licht abgewendeten dunklen Stellen aufsuchen, wie z. B. die Ranken unserer bekannten „Wilden Weins“, die nur infolge dieser Eigenschaft sich in allen Fugen und Ritzen der Wand anklammern und so das Emporklettern der ganzen Pflanze bewirken. Die meisten Pflanzen sind aber positiv heliotropisch, und deshalb sehen wir an untern Sträu-

